

Die rote Meile, Teil 2

Die Beziehungsgeschichte zwischen SED und MfS in einem ausgewählten Ostberliner Wohnbezirk – Die Parteistrukturen im Wohngebiet

Stefan Appelius

In diesem Aufsatz geht es um die Geschichte des Wohnbezirks 041/057 im Ostberliner Bezirk Treptow. Es wird exemplarisch aufgezeigt, wie ein Wohnbezirk in der DDR organisiert war, welche Rolle die SED, die Massenorganisationen und Blockparteien im alltäglichen Leben im Wohnbezirk spielten und wie und in welchem Umfang der Staatssicherheitsdienst der DDR innerhalb der Wohnbezirke operierte.

Auch im Wohnbezirk 041/057 gab es von Anfang an, das heißt seit Anfang der 1950er Jahre zahlreiche geheime Informatoren (GI), geheime Mitarbeiter (GM) und inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit. Dabei handelte es sich um Männer und Frauen, die zwar im Wohnbezirk lebten, aber primär an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz – wie zum Beispiel dem benachbarten VEB „Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke“ (BMHW) – zum Einsatz kamen. Die Beobachtung der eigenen unmittelbaren Nachbarschaft durch GI oder GM im eigenen Treppenhaus oder im Nachbarhaus spielte nur in den 1950er und frühen 1960er Jahren noch eine wichtige Rolle. Dies soll nachfolgend an zwei Beispielen aus dem WB 041/057 illustriert werden.

Aus der Fennstr. 19 ist ein Fall aus dem Jahr 1960 dokumentiert, in dem die Ehefrau eines hochdekorierten Oberstleutnants aus der Hauptabteilung Kriminalistik (HA K) der Hauptverwaltung der Volkspolizei (HVdVP) von ihren Wohnungs-Nachbarn wegen mangelnder politischer Aktivität und feindlicher Verbindungen denunziert wurde. Man könnte es auch einen gewöhnlichen Nachbarschaftsstreit nennen, der durch die Partei entschieden wurde: „Durch Information eines Genossen aus dem Wohnhaus des Gen. OSL [Franz] Schmidt wurde bekannt, dass seine Ehefrau keine gesellschaftliche Arbeit leistet und Verbindung zu negativen Elementen im Haus hat. So wurde festgestellt, dass die Ehefrau des Genossen Schmidt bei einem [Nachbarn] Hilski verkehrt. Dieser Hilski wurde vor längerer Zeit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Es wurde durch Hausbewohner festgestellt, dass das Kind des Gen. Schmidt bei dem obengenannten H. zum Westfernsehen geht. Dieser Hilski hat enge Verbindung zu einem [im selben Haus in der Nachbarwohnung wohnhaften] Friseur L. Der Friseur L. ist für seine reaktionäre Einstellung und für seine Westverbindung bekannt. Die Ehefrau des Genossen Schmidt lehnt Hausversammlungen ab, weil sie angeblich ein Kleinkind hat. Solche Hausversammlungen werden in der Nachbarwohnung durchgeführt. Auffällig ist auch, wenn in der Hausversammlung über Funktionen gesprochen wird, die die Frau des Gen. Schmidt ausüben soll, springt entweder der Friseur L. oder Hilski in die Bresche, um die Hausbewohner zu überzeugen, dass die Frau Schmidt das doch nicht könne. Vor einigen Jahren hat Frau Schmidt zum Ausdruck gebracht, dass sie schon wisse, wer die 400-prozentigen und im geeigneten Moment würde sie die zur Meldung bringen.“¹

Die Versammlungen der Hausgemeinschaften galten als „wichtigste Basis zur Erziehung des Mieterkollektivs“, heißt es in einer Publikation des Berliner Ausschuss der Nationalen Front aus dem Jahr 1962: „Dort soll auch immer der enge Zusammenhang zwischen der Arbeit des einzelnen im Betrieb, seinem Leben in der Hausgemeinschaft und der Politik unseres Staates an den praktischen Beispielen in der Hausgemeinschaft

1 BStU MfS BV Gera AIM 1322/71 TI, S. 39

herausgearbeitet werden.“² Die HGL waren ein Organ der Nationalen Front und sollten die Mieter auf Parteilinie halten. Zu diesem Zweck bestanden in jedem Wohnbezirk parallel zu den Wohnparteiorganisationen der SED auch Wirkungsbereichsausschüsse (WBA) der Nationalen Front. Vor allem in den Anfangsjahren der DDR verfügte die HGL unter Umständen über enorme eigene Macht. So ist ein Fall aus der Karl-Marx-Allee 251 dokumentiert, in dem die HGL den Auszug eines politisch missliebigen Mieters mit Frau und Kind bewirkte. Die Wohnung wurde anschließend mit Unterstützung durch das MfS durch einen verdienten Genossen neu bezogen, der die Verhaftung zahlreicher CIA-Agenten bewirkt hatte.³

Sowohl die WPO als auch der WBA wirkten direkt auf die HGL ein. Während der WBA eine Art Dachorganisation der HGL im Wohnbezirk war, gab es in der WPO eine Reihe Aktivleiter, die jeweils für die politische Anleitung von fünf Hausgemeinschaften verantwortlich waren.⁴

Doch zurück zum Fall der parteilosen Ehefrau des VP-Oberstleutnant Schmidt. In einem Anfang April 1960 angefertigten Aktenvermerk der HVdVP heißt es unter Berufung auf den ebenfalls im fraglichen Haus wohnenden VP-Major Heinz B.: „Das charakterliche Verhalten der Frau des Genossen Schmidt sowie die Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Arbeit führte dazu, dass die Hausgemeinschaft, die vor dem gut war, an Zusammenhalt verloren hat. Auch der Genosse Schmidt trägt nicht dazu bei, auf seine Frau einzuwirken, dass der alte Zustand wieder hergestellt wird. Es ist in der Vergangenheit sogar vorgekommen, dass er selbst es abgelehnt hat, zu Hausversammlungen zu kommen, mit dem bemerken, dass es keinen Zweck habe, weil in dem Haus das Wort im Munde herumgedreht würde. Die Information von einer anderen Stelle, dass die Tochter des Gen. Schmidt in der Wohnung des vorbestraften Hilski Westfernsehen ansieht, wurde insofern bestätigt, dass der Gen. Bernhardt, der in seiner Eigenschaft als Funktionär der Nationalen Front bei Hilski zu tun hatte und sich für den Fernsehapparat interessierte, feststellen musste, dass der Westkanal eingestellt war.“⁵

Um den häuslichen Frieden in der Fennstr. 19 wieder herzustellen, beschlossen die zuständigen Gremien, dass der Genosse OSL umgehend zur Bezirksdirektion Gera der Volkspolizei (BdVP) zu versetzen sei, wo er vom MfS mit dem politischen „Fehlverhalten“ seiner Frau konfrontiert zum Zwecke der Wiedergutmachung als IM der Abteilung VII angeworben wurde. Seinen Posten bei der Volkspolizei hatte Schmidt mittlerweile verloren.

Das zweite Beispiel trug sich im Jahr 1963 zu. Es betraf einen jungen Biologie- und Sportlehrer, dessen Eltern 1961 in die Bundesrepublik geflohen waren. Dieser junge Lehrer beabsichtigte im Frühjahr 1963 zu seiner Familie in den Westen zu fliehen. Er hatte sich bereits mit Fluchthelfern in West-Berlin in Verbindung gesetzt. Davon aber hatte das MfS in Person eines in unmittelbarer Nachbarschaft dieses Lehrers wohnhaften Oberleutnants Hans Offenhaus⁶ Kenntnis erhalten. Der Oberleutnant dirigierte nämlich

2 Hinweise zur Förderung des sozialistischen Gemeinschaftslebens in den Hausgemeinschaften, S. 7, in: Landesarchiv Berlin, C Rep 060-02 0

3 BStU MfS AIM 17469/64 P1

4 So ein „Aktivleiter“ der WPO 041/057 war ab 1968 der Volkspolizist Günter Strutz aus der Hainstraße. BStU MfS BV Berlin AIM 3338/91

5 BStU MfS BV Gera AIM 1322/71 TI, S. 40 f

6 BStU MfS BV Berlin KS II 69/89. Hans Offenhaus (*1932) arbeitete seit 1953 in der KD Treptow des MfS. Er war im Sommer 1961 im Rahmen der Aktion „Rose“ nach dem Mauerbau zur Einsatzleitung beim Rat des Stadtbezirks Treptow delegiert: „Hier hat er in Tag- und Nachteinsätzen dafür Sorge getragen, dass alle uns bekannten negativen Kräfte, die in der Nähe der Staatsgrenze wohnhaft waren, aus operativen Gründen umgesiedelt wurden. Weiterhin ist es seiner Initiative zuzuschreiben,

einen „Vorlauf-IM“ mit dem Decknamen „Maurer“, der zu den Bekannten des Lehrers gehörte. Offenhaus veranlasste am 27. April 1963, dass die Kreisdienststelle Treptow des MfS insgesamt neun Mitarbeiter dreier Festnahmegruppen, ein Krad und drei Zivilfahrzeuge der KD Friedrichshain und der Abteilung VIII des MfS Groß-Berlin in der Hasselwerder Straße zum Einsatz brachte. Das Ziel des Operativvorgang „Reiseführer“ bestand darin, den Junglehrer beim Kontakt mit den „kriminellen Menschenhändlern“ auf frischer Tat festzunehmen: „Die Anweisung zur Festnahme wird den Festnahmegruppen durch Sprechfunk nach vereinbarter Losung übermittelt.“⁷ Das MfS wusste bereits, dass der Lehrer in seiner Wohnung den West-Berliner RIAS hörte und in den Abendstunden mit den Fluchthelfern Verbindung aufnehmen wollte. Ungewöhnlich an dieser Nachbarschafts-Überwachung war u.a. der Umstand, dass Oberleutnant Offenhaus dem MfS seine eigene Wohnung in der Fennstraße als Einsatzzentrale zur Verfügung stellte, von wo aus zwei Mitarbeiter der für Überwachungsmaßnahmen zuständigen Abt. 26 unter seinem Befehl agierten.

Doch die erwarteten Fluchthelfer erschienen nicht in Niederschöneweide. Trotzdem geht die Beobachtung des fluchtverdächtigen Junglehrers einschließlich Postkontrolle noch mehrere Monate weiter. Erst Anfang August 1963 veranlasst Oberleutnant Offenhaus den Abbruch der Beobachtung des Pädagogen. Dieser hatte seinen Plan zwischenzeitlich verworfen, weil er eine junge Frau kennengelernt hatte. Im Gespräch mit dem Pädagogen erfuhr der Verfasser, dass der Fluchtplan durch die Ehe des Paares nicht weiter verfolgt wurde. Wie knapp der Lehrer damals der Verhaftung entging, erfuhr er erst vom Verfasser.

Während dieser Art gegenseitiger Nachbarschaftskontrolle ab Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung verlor, gab es im WB 041/057 überproportional viele Personen, die ihre Wohnungen – und zwar in der Regel durch dauerhafte Überlassung eines Wohnungsschlüssels an einen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS – dem DDR-Geheimdienst als „konspirative Wohnungen“ (KW) zur Verfügung stellten. Die meisten IM dieser Kategorie bezogen dafür vom MfS eine großzügige monatliche „Mietzahlung“, deren Empfang durch Quittung und Unterschrift mit dem selbstgewählten Decknamen zu bestätigen war. Es gab allerdings auch überzeugte SED-Mitglieder, die den Erhalt dieses Geldes ablehnten und ihre Wohnzimmer dem DDR-Geheimdienst ohne materielle Gegenleistung überließen. Teilweise wurden auch die Briefkästen dieser IM als Deckadressen (DA) des MfS genutzt (IMKW/DA). Über Deckadressen wurde mit Personen in Westdeutschland und West-Berlin kommuniziert.

Seit 1972 befand sich in der Fennstr. 21 die IMKW/DA „Gertrud Schulz“⁸ der Abteilung VII des Berliner MfS. Die Mieterin der Wohnung war SED-Genossin. Sie trat zwar in der Wohnparteiorganisation nicht in Erscheinung, dafür aber bei Hausversammlungen und als Kassiererin des Demokratischen Frauenbund (DFD). In der HGL führte sie als

dass die freiwerdenden Wohnungen und Laubengrundstücke an IM der Kreisdienststelle bzw. anderer Dienststellen vermietet wurden. Durch diese Maßnahmen wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Kreisdienststelle bei besonderen Vorkommnissen an der Staatsgrenze sofort die notwendigen Informationen erhält“ [S. 73]. 1966 stieg Offenhaus zum Leiter der Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG) der Verwaltung des MfS Groß-Berlin auf. Die Berichte der von ihm geleiteten Dienststelle wurden dem Leiter der BV Berlin des MfS, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der Berliner SED und den Dienststellen des MfS vorgelegt. Offenhaus amtierte bis zum Eintritt in den Ruhestand (1988) als Leiter der AIG. Sein letzter Dienstgrad war Oberstleutnant des MfS. Von 1966 bis 1990 amtierte Offenhaus außerdem als HGL-Vorsitzender im WB 041/057. Vgl.: Landesarchiv Berlin, C Rep 02-04, Nr. 4 – 8. Auszüge aus Offenhaus Erinnerungen (2005) finden sich unter der Signatur C Rep 060-02 1

7 BStU MfS AP 9466/67, S. 35

8 BStU MfS AIM 15121/84

HBB das Hausbuch. Die Mieterin war berufstätig, sie arbeitete in der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, wo sie die Kriminal- und Rechtspflegestatistik erstellte.

Nachdem ihre Wohnung zunächst vor allem als Treffpunkt von Geheimdienstlern genutzt wurde, ging es später vor allem um die Nutzung ihres Briefkastens. Hier traf westliche Post ein, die für einen weiblichen IM der HA VII/2 namens „Rosemarie Schneider“ genutzt wurde. Diese „Rosemarie Schneider“ war häufig im „Operationsgebiet“ (= Bundesrepublik) eingesetzt und bedurfte deshalb einer speziellen Tarnung. Außerdem wurde auch der private Telefonanschluss der Mitarbeiterin der Generalstaatsanwalt geheimdienstlich genutzt. Der IMS „Max Beckmann“⁹, ein freischaffender Kunstmaler, führte von hier aus im Rahmen des OV „Autobahn“ Telefonate mit Joachim Pudelski, dem Leiter einer West-Berliner Fluchthilfeorganisation, die vom MfS mitgeschnitten wurden.

Während die Mieterin der IMKW/DA „Gertrud Schulz“ durch einen MfS-Mitarbeiter¹⁰ rekrutiert wurde, der als Kind im Kommandantur-Gebäude gewohnt hatte und sie als zuverlässige Genossin kannte, vollzog sich die Anwerbung der IMKW/DA „Große“¹¹, die sich ab 1985 in der Fennstr. 13 befand, ganz anders. Hier lebte ein junges Ehepaar mit zwei Kindern. Nachdem sich der Familienvater vergeblich bei der Volkspolizei Abteilung K (Kriminalpolizei) vorgestellt hatte, bewarb er sich beim MfS. Nachdem der „Selbstanbieter“ eine Weile probeweise für das MfS tätig gewesen war, stellte sich heraus, dass er als möglicher IM der HV A/III (legal abgedeckte Residenturen im Ausland) den Anforderungen nicht genügte. Stattdessen verwandelte sich die Wohnung des li-nientreuen Ehepaares zur IMKW, die bis zum Fall der Mauer von einem IM aus Westdeutschland genutzt wurde, um sich mit seinem Ostberliner Führungsoffizier zu treffen. Der HGL-Vorsitzende dieses Hauses war über zwanzig Jahre lang der bereits im Zusammenhang mit dem OV „Reiseführer“ erwähnte MfS-Offizier Hans Offenhaus.

An diese Stelle gehört noch ein Wort über die Dienststellen des MfS, die im genannten Wohnbezirk aktiv waren. Zwar gab es in der Hainstraße in den achtziger Jahren auch eine konspirative Wohnung der „Linie II“ (Spionageabwehr) der Bezirksverwaltung Cottbus des MfS, aber die große Mehrzahl der KW innerhalb der „roten Meile“ wurden entweder von der Kreisdienststelle (KD) des Treptower MfS oder von Mitarbeitern der für die Überwachung der NVA, der Grenztruppen und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) zuständigen Hauptabteilung HA I des MfS verwaltet. Der Dienstsitz der KD Treptow (bis 1983 in der Hasselwerder Straße 40) und der Dienstsitz der HA I (Schneller Straße) befanden sich beide in Niederschöneweide, also in unmittelbarer Nachbarschaft des hier untersuchten Treptower Wohnbezirks WB 041/057.

Bei der Nutzung konspirativer Wohnungen durch das MfS galt die Regel, dass weder die IM noch die hauptamtlichen Geheimdienstler beim Betreten der Häuser und Wohnungen gegenüber den Nachbarn Verdacht erregen durften. Das war in Häusern mit einer derart hohen SED-Bewohnung mit entsprechender Legendierung vergleichsweise einfach zu arrangieren. Begünstigt wurde der WB 041/057 als bevorzugtes KW-Territorium noch durch seine verkehrsgünstige Lage: Der Bahnhof Schöneweide (S-Bahn

9 BStU MfS BV Berlin AIM 6027/91

10 Thomas Müller (*1943), letzter MfS-Dienstgrad Major. Arbeitete in der HA VII als Spezialist für Hohlraumortung im Bereich der Staatsgrenze. Vgl. zu Müller: BStU MfS KS 2490/90, BStU MfS HA VII 5973, BStU MfS AP 11581/91

11 BStU MfS AIM 69/89

und Fernbahn), die Straßenbahn und Busse machten diese Gegend für IM – die aus benachbarten Stadtteilen nach hier kommen mussten – ebenso leicht wie unauffällig erreichbar.

Grundsätzlich wurde vor der Inbetriebnahme einer neuen KW die gesamte Bewohnerschaft des fraglichen Hauses geheimdienstlich überprüft. Damit wurden zwei Ziele verfolgt. In Häusern, in denen laut Überprüfungsergebnis Personen lebten, die verdächtigt wurden, eine feindlich-negative Einstellung zu haben, kam die Einrichtung einer KW aus Sicherheitsgründen nicht in Betracht.

Es durfte aber auch keine andere KW einer anderen Dienststelle des MfS, der Volkspolizei (Abteilung Kriminalpolizei – kurz VP/K), der Abteilung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV)¹² oder gar der „Freunde“ vom KGB¹³ in dem fraglichen Haus geben. Alle diese Dienststellen waren im Wohnbezirk 041/057 geheimdienstlich aktiv. Zwei gleichzeitig aktive KW's im selben Haus hätten das Risiko der Dekonspiration deutlich erhöht.

Auf diese Weise erklärt sich im Umkehrschluss auch, warum eine KW nach dem Umzug des Wohnungsinhabers nicht einfach anderenorts fortgesetzt werden konnte. Zu solchen Übergaben von einer KD zur anderen KD kam es nur, wenn es sich um einen besonders zuverlässigen IM handelte und in seinem neuen Wohnhaus noch keine KW bestand.

Bestens geeignet waren grundsätzlich linientreue Rentner, soweit sie noch nicht dement oder pflegebedürftig waren. Aber es kamen auch berufstätige Personen, sogar Familien kleinen Kindern in Betracht. Voraussetzung war lediglich, dass der fragliche Raum zu bestimmten Zeiten frei zur Verfügung stand. Hielten sich die betreffenden Personen z.B. im Sommer in ihrer Datscha auf, stand dem MfS die ganze Wohnung zur Verfügung.

Ein KW-Zimmer musste zwingend eine eigene Tür haben. Das Vorhandensein von Türen in Wohnungen war keineswegs selbstverständlich. Bis in die sechziger Jahre waren viele Zimmer in Berlin statt mit Türen nur mit Vorhängen ausgestattet. Solche Räume kamen als Treffzimmer aus Gründen der Konspiration nicht in Frage. Überhaupt hatte das MfS Mindestanforderungen an die in Frage kommenden Räumlichkeiten. Das Treffzimmer hatte sauber und aufgeräumt zu sein – und zwar Woche für Woche. Dafür war der IMKW verantwortlich, der dafür eine steuerfreie Mietzahlung vom MfS erhielt. Im Gegenzug beteiligte sich der DDR-Geheimdienst teilweise an der Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, mitunter kaufte das MfS sogar das gesamte Mobiliar an.

An den Wänden vieler Treffzimmer hingen gerahmte Bilder von Lenin, Stalin, Ulbricht oder Honecker. Für diese Art Wandschmuck kam das MfS allerdings nicht auf. Es spiegelte eher die politische Einstellung der überwiegend älteren IMKW wieder. Eine solche Dekoration gab es in der KW „Ufer“, die sich in der Brückenstr. 9 unweit des Spreuefers befand, nicht. Bei dieser von 1985 bis 1990 im Erdgeschoss bestehenden KW der HA XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen) handelte es sich nämlich um eine „personenlose“ KW ohne Mieter, die komplett vom MfS möbliert wurde.¹⁴ Der Mietvertrag war von einem Strohmännchen des MfS unterzeichnet worden, den es zwar gab, der dort aber

12 Die IMKW „Spree“ in der Fennstr. 18 wurde im November 1970 von der Verwaltung Aufklärung des MfNV angeworben. Nachdem diese IMKW seit 1977 inaktiv war, wurde sie von der KD Köpenick des MfS (Referat Volkswirtschaft) übernommen. Der KW-Inhaber, der im Wohngebiet aktiv in Erscheinung trat und als BGL-Vorsitzender bei VEB Elektrodyn amtierte, war im fraglichen Zeitraum freiwilliger Helfer der Volkspolizei, Hausbuch-Beauftragter (HBB) und Mitglied der HGL. BStU MfS AIM 10522/83

13 Eine solche KW des KGB bestand z.B. bis Mitte der 1960er Jahre in der Hainstr. 56. Erst danach wurde die Wohnung vom MfS als IMKW genutzt. Vgl.: BStU MfS BV Berlin AIM 3033/87

14 BStU MfS AIM 10374/91

nicht wohnte. Die HA XIX war im WB 041/057 aktiv, da sich in der Fennstraße 9 – 11 gegenüber dem Kommandantur-Gebäude ein großes Postgebäude befand, das seinerseits auch operativ genutzt wurde. Auch in diesem Gebäude befand sich viele Jahre lang die IMKW „Steinke“¹⁵, die allerdings von der HA VII (Ministerium des Inneren) betrieben wurde. Der Wohnungsinhaber, ein Hauptsachbearbeiter aus dem Ministerium für Post und Fernmeldewesen, der bereits 1954 als GI angeworben wurde, verbrachte nach seiner Pensionierung viel Zeit mit seiner mitverpflichteten Frau in der Datscha in Korbiskrug (heute: Königs Wusterhausen). So konnte das MfS die Räumlichkeiten, für die sie einen eigenen Schlüssel hatten, in den 1960er Jahren für Treffs und mehrtägige Übernachtungen mit Geheimen Mitarbeitern aus Westdeutschland nutzen.

Hielten sich Wohnungsinhaber in ihren Wohnungen zu Treffzeiten auf, hatten sie während der Treffzeiten in der Küche oder im Schlafzimmer zu bleiben. Den Flur sollten sie nicht betreten, vor allem sollten sie bei dem zwischen dem Mitarbeiter und dem IM vereinbarten Klingel- oder Klopfzeichen nicht selbst zu ihrer eigenen Wohnungstür gehen. Das war grundsätzlich Aufgabe des MfS-Mitarbeiters. Zwar gab es auch Wohnungsinhaber, die den dort zu Treffs erscheinenden IM begegneten. Aber da diese Wohnungsinhaber ja selbst als IM zum Schweigen verpflichtet waren und bei lange genutzten KW's auch durchweg als vertrauenswürdige Personen eingestuft waren, entstand daraus nicht zwangsläufig ein Problem. Als eine solch vertrauenswürdige Person galt die SED-Genossin, die im Hause Britzer Str. 12 alleine eine Drei-Zimmer-Wohnung mit „Dampfheizung“ bewohnte, die bei der KD Treptow ab 1959 als IMKW „Schwanensee“ registriert war.¹⁶ Die bei ihren Nachbarn als eingebildet geltende verwitwete Bewohnerin war Leitungsmitglied der WPO und Reisekader NSW.

Begannen heranwachsende Schulkinder zu realisieren, dass in den Wohnungen ihrer Eltern merkwürdige Dinge geschahen, konnten sie nachträglich in die IM-Verpflichtung mit aufgenommen werden. In bestimmten Fällen befanden sich die betreffenden Wohnungsschlüssel auch bei Führungs-IM, die sich anstelle der Hauptamtlichen in den Wohnungen mit von ihnen geführten IM trafen. Nur hochrangige Genossen wie Erich E.¹⁷, der vor seiner Anwerbung als Direktor Flugsicherung bei „Interflug“ beschäftigt war und der SED-Kreisleitung Treptow angehörte, konnten darauf bestehen, ihre Wohnungsschlüssel nicht herausgeben zu müssen und bei konspirativen Treffs in einem anderen Raum anwesend sein zu dürfen. Die IMKW Nelke der HA XIX befand sich seit 1988 in der vierten Etage der Fennstr. 12, in unmittelbarer Nähe des von der XIX bearbeiteten Postgebäudes.

Schlagartig vorbei war es mit einer KW nur dann, wenn ein IM, der diese Wohnung in jüngster Vergangenheit genutzt hatte, in den Westen abgehauen war – wo Flüchtlinge in den Notaufnahmelagern nach ihrer Ankunft generell von Nachrichtendiensten befragt wurden. Selbst wenn die Person im Westen nichts über die eigene IM-Tätigkeit mitteilte, schon um sich selbst nicht zu belasten, war die betreffende KW dennoch verbrannt. Veränderte sich ein KW-Inhaber, begann er z.B. im Rentenalter Reisen in den Westen zu beantragen, die nicht mit seinem Führungsoffizier abgesprochen waren oder hatte er irgendwo Kritik an den Verhältnissen in der DDR geäußert, wurde er ebenfalls ausgemustert. Das galt auch, wenn z.B. pflegebedürftige Angehörige der Wohnungsinhaber

15 BStU MfS AIM 10790/87

16 BStU MfS BV Berlin AIM 7127/91

17 Erich E. war bereits seit 1970 als GMS des MfS registriert. 1973 wurde er wegen vorbildlicher Unterstützung der vom MfS übertragenen Aufgaben mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber ausgezeichnet. BStU MfS AIM 12202/88, S. 107

in den KW's mit aufgenommen werden mussten, weil man noch keinen Platz in einem geeigneten Seniorenheim gefunden hatte.

Alle Linien des MfS waren an der Auffindung geeigneter konspirativer Wohnungen beteiligt. Federführend in den Wohngebieten waren in der Regel die nächstgelegenen Kreisdienststellen. Weil es in den siebziger und achtziger Jahren einen latenten Fehlbedarf an KW gab, fanden Treffs zwischen hauptamtlichen Mitarbeitern und IM – soweit das Wetter dies erlaubte – zeitweise auch in Parks oder in zivilen Dienstwagen des MfS statt. Bei Treffs mit Bezug zum WB 041/057 war der Vorplatz des Bahnhofs Schöne-weide ein beliebter Treffpunkt.

Dass sich die Einstufung einer im ersten Teil dieses Aufsatzes erwähnten Auskunftsperson (AKP) als erster Ansprechpartner des MfS in einem Wohnhaus auch ändern konnte, soll hier am Beispiel eines Ehepaares aus der Fennstr. 18 geschildert werden. Die Witwe Ruth Eichendorf war mit ihrem zehnjährigen Sohn Ingo aus politischer Überzeugung Anfang der 1950er Jahre aus West-Berlin nach Ostberlin umgezogen und arbeitete als Direktorin des Stadtbezirksgerichts Lichtenberg. Sie war eine streng linientreue Parteigenossin und Leitungsmitglied der damals im Kommandantur-Gebäude bestehenden, mehrere Eingänge umfassenden „Haus- und Hofgemeinschaft“, die dem MfS als Hausvertrauensperson (Vorläufer der Auskunftsperson) in den 1950er Jahren präzise Beobachtungen ihrer Nachbarn liefert.¹⁸

Die heile Welt bricht jäh zusammen, nachdem der inzwischen 21jährige Koch-Lehrling Ingo Krüger¹⁹ am 10. Dezember 1961 bei einem Fluchtversuch ums Leben kommt. Krüger hatte versucht, die Spree mit einem Taucheranzug in der Nähe des Reichstags zu durchschwimmen.²⁰ Er wollte zu seiner Verlobten, die in West-Berlin lebte. Der Fluchtversuch wurde von einem Motorboot der Grenztruppen unterbunden.²¹

Der Fall Ingo Krüger erreicht hohe Aufmerksamkeit. Die West-Berliner BZ titelt, er sei von Volkspolizisten ermordet worden. Schließlich berichten auch die DDR-Medien. Weil sich die Volksrichterin nicht von ihrem toten Sohn distanzieren will und ihm auf dem Friedhof Baumschulenweg sogar ein repräsentatives Grab aus schwarzem Marmor mit goldenen Buchstaben errichten lässt²², verliert sie erst ihre Arbeit und wenig später müssen sie uns ihr Mann auch die Wohnung im Kommandantur-Gebäude aufgeben.²³ Bis sie schließlich nach Erreichung des Rentenalters wieder in den Westen zurückkehren darf, arbeitet sie als Verkäuferin bei der HO.

Kommen wir nun zu den Funktionsträgern in der Wohnparteiorganisation der SED. Normalerweise hätten SED-Genossen, zumal wenn sie Leitungspositionen in der Staatspartei innehatte, nicht als inoffizielle Mitarbeiter des MfS verpflichtet werden dürfen. Doch bei einfachen Mitgliedern und Funktionsträgern in den Wohnparteiorganisationen der SED galt diese Regel nicht.

In dem von „Interflug“-Mitarbeitern bewohnten Mehrfamilienhaus Fennstr. 29 bestand die IMKW „Tierpark“, die Mitte der siebziger Jahre temporär vom KGB und anschlie-

18 BStU MfS Ermittlungsauftrag HA VIII/RF/1763/27

19 Ingo war der Sohn von Ruth Eichendorf, die ihren neuen Lebensgefährten geheiratet hatte. Ingo behielt den Familiennamen seines 1942 im Krieg gefallenen Vaters.

20 BStU MfS AOP 20505/62, Bd. 1

21 BStU MfS AOP 20505/62, Bd. 2

22 Telefonisches Interview mit Ingrid R. (Hamburg), 13.07.2016. Dieses Grab des Maueropfers Ingo Krüger auf dem Friedhof Baumschulenweg besteht leider nicht mehr. Es wurde etwa 1993 eingeebnet.

23 Recherchen des Verfassers bei langjährigen Bewohnern der Fennstr. 18

ßend wieder vom MfS genutzt wurde. Der KW-Inhaber war langjähriger BGL-Vorsitzender bei „Interflug“. Nachdem er Anfang der 1980er Jahre zum Sekretär der benachbarten WPO 058 gewählt wurde, reagierte die Hauptabteilung XIX des MfS erfreut. Durch seine Tätigkeit kommt Sch. regelmäßig mit vielen Genossen im Wohngebiet zusammen, notierte sein Führungsoffizier: „In weiteren Kontaktgesprächen ist zu prüfen, wie diese Funktion für die Legendenbildung nutzbar gemacht werden kann.“²⁴

Der Umstand, dass der KW-Inhaber nicht nur WPO-Sekretär, sondern auch HGL-Vorsitzender in der Fennstr. 29 und seine Frau, eine pensionierte Staatsanwältin, Hausbuchbeauftragte (HBB) und WPO-Leitungsmitglied (WPO 042/058) war, war kein Hindernis. Im Gegenteil: Es erleichterte die Aktivitäten der Staatssicherheit im Wohngebiet sogar. Da das Ehepaar sehr aktiv an Parteiwahlen, bei politischen Veranstaltungen im Wohngebiet und bei der Volkszählung Ende 1981 mitwirkte, konnte der häufige Besuch von Führungsoffizieren und IM in der IMKW gegenüber dem Mieterkollektiv leicht als Besprechungen mit Parteigenossen erklärt werden. Auf einen geheimdienstlichen Hintergrund wäre niemand gekommen.

Nicht nur SED-Mitglieder im Wohngebiet, auch SED-Funktionäre bis hoch zu SED-Sekretären im Wohngebiet wurden geheimdienstlich genutzt, wobei der DDR-Geheimdienst vornehmlich daran interessiert war, ihre Wohnungen oder Briefkästen zu nutzen. Aber es gab auch Personen im Wohngebiet, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit über Wissen verfügten, dass sie für eine Anwerbung empfahl. Gemeint sind die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Deutschen Volkspolizei, die mit den ihnen zugeordneten, mit Armbinden und Ausweisen versehenen „freiwilligen Helfern der Volkspolizei“ unter anderem in den Meldestellen der Volkspolizei tätig waren, die ihrerseits für die Kontrolle der ordnungsgemäßen Führung der Hausbücher verantwortlich waren.²⁵ Die ABV waren durchgängig zuverlässige SED-Genossen, die in den Strukturen der in ihren jeweiligen Abschnitten liegenden Wohnbezirke auf Leiterebene sowohl in den Führungsgremien der jeweiligen WPO's als auch der jeweiligen WBA's qua Amt „dienstlich“ einbezogen waren.

Die für den WB 041/057 zuständige Zweigmeldestelle des VP-Revier 234 nebst eigenem ABV-Raum befand sich in der Schnellerstraße 128 und war für alle Wohnbezirke in Niederschöneweide zuständig.²⁶ Daraus ergibt sich, dass ein ABV zwar in „seinem“ Wohnbezirk wohnen konnte, doch schon allein der Umstand, dass jeder ABV für zwei bis drei Wohnbezirke zuständig war, lässt den Rückschluss zu, dass der zuständige ABV zwar in der Nähe „seiner“ Wohnbezirke lebte, aber nicht zwangsläufig darin. Auch unter den ABV gab es Genossen, die gleichzeitig mehrere politisch-gesellschaftliche Funktionen ausübten. So war der langjährige ABV des WB 041/057, Werner Beyer, gleichzeitig HGL-Vorsitzender in der Britzer Str. 12. Beyer wohnte die meiste Zeit seiner fast dreißigjährigen Dienstzeit in der Hainstraße bzw. Britzer Straße. Nach seiner Invalidisierung erwog das MfS, ihn anzuwerben. Dazu kam es allerdings nicht. Beyers Nachfolger als ABV im WB 057, Günter Gatzmann, war hingegen schon seit 1956 als inof-

24 BStU MfS AIM 118/84, S. 50

25 Auf der letzten Seite der Hausbücher befand sich eine Rubrik „Kontrollvermerke der DVP“. Hier waren Datumsstempel und Unterschrift des kontrollierenden ABV einzutragen.

26 Die Volkspolizei-Inspektion (VPI) Treptow befand sich im Sterndamm und bestand aus den VP-Revieren 231, 232, 233, 234 und 235. Das für Niederschöneweide zuständige VP-Revier 234 befand sich im Königsheider Weg.

fizieller Mitarbeiter der KD Treptow des MfS unter dem Decknamen „Hans Jakob“ registriert.²⁷ Gatzmann, der erst 1962 zum Treptower VP-Revier 234 versetzt wurde, lieferte dem MfS 1967 Informationen über drei Teenager aus Niederschöneweide, die angeblich einen Angriff auf einen Volkspolizisten geplant hatte. Sie wurden daraufhin festgenommen und der Abt. IX des MfS zugeführt.

Erwies sich ein junger Volkspolizist auch in Krisenzeiten wie dem „Prager Frühling“ als „klassenbewußter und klassenverbundener Genosse“, war auch ein Wechsel von der VP zum MfS nicht ausgeschlossen. Diesen Weg ging beispielsweise ein junger Hauptwachtmeister, der von November 1964 bis November 1966 als Meldestellenleiter der VP in Niederschöneweide amtiert hatte. Er wechselte im Oktober 1969 per Aufhebungsvertrag von der VP „in ein anderes bewaffnetes Organ“, nämlich zur Kreisdienststelle des Treptower MfS und später zur AKG, wo er zuletzt den Dienstrang eines Hauptmannes hatte.²⁸

In den Meldestellen der VP waren jedwede Besucher der Bewohner an- und abzumelden. Und zwar nicht nur Besucher aus dem Westen, die verpflichtet waren, persönlich in der Meldestelle zu erscheinen, sondern auch Besucher aus der DDR. Junge Männer hatten die An- und Abmeldung zum Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee ebenfalls über die jeweils nächstgelegene Meldestelle vorzunehmen.²⁹ Das gesamte Wissen über die Menschen eines Wohnbezirks konzentrierte sich also bei den Hausbuchbeauftragten, ihren Stellvertretern und dem Beauftragten der HGL³⁰, die ebenfalls die Genehmigung zur Einsichtnahme in diese Dokumente hatten. Zumeist handelte es sich dabei um die HGL-Vorsitzenden. In der Praxis wurde darüber hinaus auch dem MfS die Einsicht in die Hausbücher gestattet. Die betreffenden Mitarbeiter der Linie VIII waren für die Wohngebietsermittlung zuständig und wandten sich deshalb neben dem HBB und bereits bekannten Auskunftspersonen (AKP) stets auch an den zuständigen ABV.

Unabhängig davon waren die ABV des VP-Revier 234 in Treptow auch in einer eigenen Parteigruppe zusammengefasst, die regelmäßig Versammlungen abhielt. Fiel doch einmal ein Genosse durch persönliches Fehlverhalten aus diesem Rahmen und wurde aus der Volkspolizei entlassen, bot eine Anwerbung als inoffizieller Mitarbeiter des MfS eine Chance zur „Wiedergutmachung“ des ihm angekreideten Fehlverhaltens. Ein solches Fehlverhalten konnte in übermäßigem Alkoholgenuß oder aber in einem außerehelichen Verhältnis bestehen.

Dass die gesellschaftliche Wirklichkeit in der DDR auch hartgesottene Genossen nicht unbeeinflusst ließ, lässt sich am Beispiel einer jungen Frau dokumentieren, die 1958 für die Abteilung VIII/2 des MfS als Geheimer Informator mit dem Decknamen „Lisa Köhler“ rekrutiert wurde. Während „Lisa Köhler“ in jungen Jahren noch eine leidenschaftliche SED-Genossin war („Ließ keine Gelegenheit vergehen, um mit den Mietern des Hauses über politische Tagesprobleme zu sprechen“)³¹, geriet sie ein Vierteljahrhundert später selbst in das Visier der Staatssicherheit. Beruflich inzwischen zur Leiterin des Protokollbüros der Nationalen Front aufgestiegen und im Wohnbezirk zur HGL-Vorsit-

27 BStU MfS BV Berlin AIM 794/91

28 BStU MfS BV Berlin KS II 923/91

29 Verordnung über das Meldewesen in der Deutschen Demokratischen Republik (Meldeordnung), Fassung vom 29.05.1981. Die jeweils aktuelle Fassung der Meldeordnung wurde jedem HBB von der VP zur Verfügung gestellt.

30 Die Rechte für Beauftragte der Hausgemeinschaften waren in § 25 der Meldeordnung der DDR festgelegt.

31 BStU MfS AIM 9698/64

zenden der Hainstr. 41 ernannt, kritisierte sie „fast täglich“ die schlechte Versorgungslage in der DDR, so dass sich schließlich der DDR-Geheimdienst für sie zu interessieren begann.³² In der betreffenden Akte heißt es, dass sie „grundsätzlich kein Parteiabzeichen“ trug, auch nicht zu besonderen Anlässen. Offenbar begann sich zu diesem Zeitpunkt, Anfang der achtziger Jahre, selbst in der von verdienten Genossen bewohnten „roten Meile“ erste Zweifel an der Machbarkeit des Sozialismus bemerkbar. Dieser Verlust an Glauben an die Machbarkeit des Sozialismus, bzw. die Erkenntnis des Nicht-Funktionierens staatlich organisierter Mangelwirtschaft lässt sich in gewisser Weise auch in den Biographien der Sekretäre der Wohnparteiorganisation der SED in der „roten Meile“ nachzeichnen.

Die erste Amtsträgerin war noch eine alte KPD-Genossin, deren Ehemann während der NS-Diktatur über Prag nach Großbritannien emigrierte, während sie mit ihrem kleinen Sohn in Deutschland zurückblieb. Nach Verbüßung einer siebenmonatigen Haftstrafe wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ musste sie sich viele Jahre alleine durchschlagen. Ihr Sohn ist 1944 gefallen. In der Weimarer Republik hatte sie der Gauleitung und der Agitprop-Truppe des Rote Frauen- und Mädchen Bund (RMFB) Leipzig angehört. Seit 1950 mit ihrem Mann in der Hainstraße wohnhaft, gehörte die Lagerarbeiterin Ella Hoffmann³³ (1904 – 1980) zu jener Generation von SED-Mitbegründern, die von der Überlegenheit des Sozialismus überzeugt war. Sie amtierte bis Ende der 1960er Jahre als Sekretärin der Treptower WPO 041. Unter ihrer Regie entstand im Zeitraum zwischen 1958 und 1964 im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerk“ (NAW) am Spreeufer auf Höhe der Hainstraße der „Hasselwerder Sport- und Kulturpark“.³⁴ Dazu war zunächst von Pionieren der Volksarmee ein völlig heruntergekommener alter Häuserblock am ehemaligen Kaisersteg gesprengt worden, den die Bewohner von Schöneweide das „graue Elend“ nannten und in dem nur die Ärmsten der Armen wohnten. Darüber hinaus hatte Ella Hoffmann im Wohnbezirk zahlreiche Funktionen inne, unter anderem als Leiterin des NAW-Aktivs, HBB in der Hainstr. 17 und nach ihrem Umzug als HGL-Vorsitzende der Hainstr. 38. Eine inoffizielle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bestand nicht.

Nachfolgerin von Ella Hoffmann als Sekretärin der WPO 041/057 wurde Elsbeth Schultz³⁵ (1909 – 1995), die diese Funktion bis zu ihrem Umzug in ein „Feierabendheim“ ausfüllte. Elsbeth Schultz (zuvor das Amt der Vorsitzenden des Demokratischen Frauenbund (DFD) im Wohnbezirk innehatte. Auch Elsbeth Schultz und ihr Ehemann Kurt Schultz waren während der NS-Diktatur wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und mit Zuchthausstrafen belegt worden und gelangten erst bei Kriegsende wieder auf freien Fuß. Elsbeth Schultz hatte nach 1933 in Adlershof für die illegale KPD gearbeitet, sie amtierte viele Jahre als stellvertretende Vorsitzende der VVN-Kreisleitung Treptow. Im Gegensatz zu Ella Hoffmann wurde Elsbeth Schultz allerdings auch geheimdienstlich genutzt. Ihre Wohnung in der Hainstr. 49 (später Hainstr. 31, Erdgeschoss) wurde von 1960 bis 1977 als IMKW „Spreewasser“ von der HA I des MfS genutzt³⁶ und 1975 zum Dank mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber dekoriert. Ihr

32 BStU MfS HA XX AP 10920/92

33 Landesarchiv Berlin, C-Rep 118-01 22140

34 1979 wurde Ella Hoffmann aus diesem Grund zur Ehrenbürgerin des Stadtbezirk Treptow ernannt (Ehrenbuch Treptow im Heimatmuseum Treptow). Ihr Grab befindet sich auf dem Ehrenhain für Verfolgte des Nationalsozialismus (Friedhof Baumschulenweg).

35 Landesarchiv Berlin, C-Rep 118-01 9284. 1979 wurde auch Elsbeth Schultz zur Ehrenbürgerin des Stadtbezirk Berlin-Treptow ernannt. Sie war mit dem VVO in Bronze (1969) und Silber (1975) dekoriert.

36 BStU MfS AIM 3912/77

ältester Sohn war ebenfalls eng mit dem MfS verbunden. Er berichtete ab 1959 als GHI „Paddel“ für die HA I³⁷ über seine Kameraden im Wachregiment des MfS, wechselte dann als Instrukteur zur SED-Kreisleitung Treptow und wurde schließlich hauptamtlicher Mitarbeiter in der MfS-Kreisdienststelle Treptow.

Noch enger waren die Kontakte des Nachfolgers von Elsbeth Schulz als Sekretär der WPO 057 zum MfS. Werner Todtmann, der bis 1965 für viele Jahre als Mitglied des Direktoriums und Vizepräsident der Deutschen Notenbank amtierte und danach zum Leiter der Handelspolitischen Abteilung der DDR-Botschaft in Marokko avancierte, wurde im Januar 1978, also kurz nach seiner Wahl zum WPO-Sekretär, als IMKW/DA „Heinrich“ (Hainstr. 13) beim MfS angeworben.³⁸ Zwar machte Todtmann sein Angebot, ein Zimmer seiner Wohnung geheimdienstlich nutzen zu lassen, schon bald mit Rücksicht auf seine Ehefrau wieder rückgängig, doch bot er dafür bei einem von ihm sehr pragmatisch geführten Kontaktgespräch in seiner Wohnung einem Oberleutnant des MfS gleich mehrere Alternativ-Wohnungen langjähriger SED-Genossen in seinem Wohnbezirk namhaft, die er „aufgrund überschüssigem Wohnraum oder Telefonanschluss“ und der politischen Einstellung ihrer Mieter für geeignet hielt, darunter der ehemalige Leiter des VP-Revier 234. Das MfS erhielt von ihm die Namen, Geburtsdaten, Anschriften und Angaben zum beruflichen Werdegang mehrerer geeigneter Nachbarn. Todtmann hatte das Amt des WPO-Sekretärs im WB 057 bis Mitte der 1980er Jahre inne.³⁹

Der letzte Sekretär der SED-WPO 057 in Treptow vor dem Mauerfall war ein pensionierter Oberst, der seit 1959 mit seiner Familie in der „roten Meile“ lebte. Obwohl alle seine – durchweg linientreuen – Nachbarn wussten, dass es sich um einen NVA-Offizier handelte, ahnte niemand etwas davon, dass es sich um einen hohen Offizier der Grenztruppen (NVA-Grenze) handelte. Herbert Piontek (*1922) war bereits 1949 erstmalig als Informator des MfS-Vorläufers angeworben worden. Seine Wohnung in der Hainstr. 40⁴⁰ wurde von 1963 bis 1965 als IMKW von der HA I des MfS genutzt.⁴¹ Am 05.09.1972 erfolgte dann die erneute Anwerbung des kinderlosen Ehepaars als IMKW „Lange“, diesmal von der HA XIX.⁴² Die betreffende MfS-Akte weist aus, dass die Wohnung von diesem Zeitpunkt von zahlreichen IM des MfS als Treffpunkt genutzt wurde und dass Piontek fast alle von ihnen mit ihren Klarnamen kannte.

Als Versammlungslokal im Wohnbezirk diente ein früherer Bäckerladen an der Ecke Hainstraße und Hasselwerder Straße, schräg gegenüber dem in einer alten Villa am Spreeufer residierenden, ebenfalls hermetisch abgeriegelten Wehrkreiskommando Berlin-Treptow. Neben der Wohnparteiorganisation der SED wurde diese Räumlichkeit auch vom Nationalen Aufbauwerk, der Nationalen Front und dem Demokratischen Frauenbund (DFD) genutzt, erinnert sich der ehemalige ABV Günter Krentzel (*1934) im Interview mit dem Verfasser. 1977 aus der SED ausgeschlossen und von der Volkspolizei entlassen verdiente er sich seinen Lebensunterhalt fortan mit einem in seinem Besitz befindlichen Taxi der russischen Marke „Wolga“, mit dem er alte Genossen nach Wandlitz, an die Ostsee oder in eines der Ferienheime des ZK der SED kutscherte. Zu seinen Fahrgästen zählte Partei-Prominenz wie Eleonore Staimer (1906 – 1998) und

37 BStU MfS AGI 16241/63

38 BStU MfS AIM 404/91

39 Werner Todtmann (*1910) wurde 1985 zum Ehrenbürger des Stadtbezirk Treptow ernannt. Er war mit der Vaterländischen Verdienstmedaille (VVO) in Silber dekoriert.

40 Interview mit Günter Krentzel (Berlin), 04.07.2016

41 BStU MfS AIM 4746/65

42 BStU MfS Film 71 (XV 2602/72)

Elly Winter (1898 – 1987), die beiden Töchter des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck und die frühere russische Top-Agentin Ruth Werner (1907 – 2000), die als Kurierin für den Atomspion Klaus Fuchs (1911 – 1988) gearbeitet hatte. Eine Tätigkeit, für die sich auch das MfS interessierte, und so wurde Krentzel erst von der KD Treptow und später von der ZKG als inoffizieller Mitarbeiter angeworben.⁴³ Mittlerweile, kurz vor dem Fall der Mauer, war der frühere Volkspolizist so weit rehabilitiert, dass man seinem Wunsch entsprach, ihn zum freiwilligen Helfer der Volkspolizei zu ernennen. Laut Krentzel gab es auch unter den „Hipos“ eine eigene Hierarchie. Er selbst erhielt Mitte der 1980er Jahre neben einem Dienstausweis und der roten Armbinde das Recht zur Hausbuchkontrolle, zu Fahndungskontrollen und zur Abhaltung von ABV-Sprechstunden. Niederrangige „Hipos“ – das waren oft Jugendliche und Frauen – hatten sich hingegen auf den Streifengang in ihrem Abschnitt, die Einhaltung von Parkverboten und bedarfsweise die Verkehrsregelung zu beschränken.

Auch in der „roten Meile“ wohnten einige seiner Fahrgäste, berichtet Krentzel im Gespräch mit dem Verfasser, darunter der geschasste frühere 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Treptow, Herbert Troschka, der zum Sekretär des Zentralverbandes der Kleintierzüchter degradiert wurde und nach dem Mauerfall nichts mehr mit seinen alten Genossen zu tun haben wollte. Das war allerdings eher ein Einzelfall – wer mit der Vergangenheit brach, erntete damit im Bekanntenkreis meist Unverständnis, erinnert sich Ingeborg Hoffmann, die mit ihrem Mann 1990 aus der SED-PDS austrat.⁴⁴ Noch Mitte der 1990er Jahre lebten in der Hainstraße fast ausschließlich alte SED-Genossen, die sich in vielen Fällen – wie etwa Herbert Piontek – dem „Sozialverein ISOR“ anschlossen. „Bis zur Wende hat hier jeder jeden kontrolliert“, meint Werner Berg, der 1995 eine Wohnung in der roten Meile bezog. „Die meisten Leute in Schöneweide hatten mit den Roten nichts zu tun. Aber die Genossen wohnten überall, nicht nur in der roten Meile. Man musste sich arrangieren. In jedem Haus gab es mindestens einen Spitzel. Am gefährlichsten waren die Doofen, die es in der Partei zu etwas gebracht hatten.“⁴⁵



Das Grab des Maueropfers Ingo Krüger aus der Fennstr. 18 wurde kurz nach der Wende eingeebnet.

Bild: Archiv Appelius

43 Siehe dazu: BStU MfS AIM 14997/89 IMS „Günter Spieß“

44 Interview mit Ingeborg Hoffmann (Berlin), 17.08.2016

45 Interview mit Werner Berg (Berlin), 22.07.2016